den Vernichtungsfeldzug der herrschenden Klasse zu organisieren.

In den Betrieben müssen die Kampfausschüsse gebildet werden. In jeder Abteilung müssen Vertreter der Arbeiter, Angestellten, der Arbeiterinnen und der Jungproleten in die Kampfausschüsse gewählt werden. Die ganze Belegschaft gilt es, zu mobilisieren.

Gegen jede Entlassung, gegen jede, auch die geringste Kürzung der Löhne oder Gehälter, gegen jede, auch die geringste Rationalisierungsmaßnahme gilt es, für die Forderungen aller Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten, für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich zu kämpfen.

Die Kapitalisten, die Millionäre, die Trust- und Bankmagnaten sollen die Kosten des kapitalistischen Zusammenbruches tragen. Die Arbeiter und Angestellten, die Arbeiterinnen und Jungproleten müssen um ihr Leben kämpfen. Um das Leben kämpfen, heißt in einheitlicher Kampffront den Ausbeutern entgegentreten, heißt aber auch entschlossen dem Verrat und dem Betrug entgegentreten.

Nicht nur die Arbeiter, sondern die gesamte Oeffentlichkeit ist durch die schamlose Profitgier der Kapitalisten gefährdet. Die Entlassungen bei den Eisenbahnern und bei den Straßenbahnern bedeuten eine ungeheure Zunahme der Verkehrsunfälle. Deshalb muß die gesamte werktätige Oeffentlichkeit gegen das verbrecherische Treiben der Kapitalisten aufstehen. Die herrschende Klasse kann nur durch eine mächtige revolutionäre Einheitsfront aller Werktätigen in ihrem verbrecherischen Vernichtungsfeldzug geschlagen werden. Die Losung aller Werktätigen muß deshalb sein: Krieg den Millionären und ihren Helfershelfern, damit die Werktätigen in Stadt und Land leben können. Am 14. September wird die Kriegserklärung der Werktätigen an die Millionäre die Wahl der Liste 4 sein, ein Bekenntnis, daß nicht das Parlament der Bürger, sondern die Rätemacht der Arbeiter und Bauern das werktätige Deutschland aus der Katastrophe rettet.

Großbankier als Geldgeber der Hitler-Partei

Emil Kirdorf ist Aufsichtsratsvorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft (GBAG).

Emil Kirdorf ist einer der Hauptmacher des Stahltrusts.

Emil Kirdorf ist Aufsichtsratsmitglied der durch den Zusammenschluß der Deutschen Bank und der Disconto-Bank entstandenen Dedi-Großbank.

Emil Kirdorf, einer der Finanzgewaltigen Deutschlands, berüchtigter kapitalistischer Scharfmacher des Ruhrgebiets, war

Hitlers Ehrengast beim Nürnberger Parteitag der NSDAP

In Kirdorfs GBAG-Aufsichtsrat sitzt auch Hugenberg, der sich die Hitler-Partei für einen Wahlpakt für seine reaktionären, volksfeindlichen Pläne gekauft hat.

Ueber die Zeche Monopol sind — wie die „Weltbühne" enthüllt — in jüngster Zeit Kirdorfs Gelder zur Neugründung von nationalsozialistischen Zeitungen gegeben worden.

Was ist die NSDAP?

Die gekaufte Streikbrecherpartei im Dienste der berüchtigsten Younganbeuter,

Im Dienste der Großbankiers und Schwerindustriellen!

Riesenversammlung der KPD-Nürnberg

Tausende fanden keinen Einlaß / Abrechnung des Genossen Remmele mit den Nazis
Naziführer Streicher als Provokateur / Die einzigen Argumente der Hakenkreuzler sind Biergläser und Stuhlbeine / Polizei schützt die Banditen

Nürnberg, 15. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Der größte Versammlungssaal Nürnbergs, in dem Genosse Remmele über „Faschismus oder Kommunismus" sprach, war bereits um 20 Uhr überfüllt. Tausende mußten auf der Straße bleiben. Als Genosse Remmele etwa zwei Stunden gesprochen hatte und die volksfeindliche Politik der Nationalsozialisten geißelte, steigerten diese ihre Provokationen. Plötzlich wurden aus den Reihen der Nazis Biergläser und Maßkrüge geworfen. Durch die Abwehr der Arbeiter entwickelte sich im Handumdrehen eine Schlägerei. Die Polizei verließ bei Ausbruch der Schlägerei den Saal. Die Arbeiter drängten die Nationalsozialisten aus dem Saal. Dann erst kam die Polizei wieder zurück und prügelte wahllos auf die Versammlungsteilnehmer los. Von der anderen Seite des Saales aus wurde von der Polizei aus Hydranten in den Saal gespritzt. Die Anführer der Provokationen, Streicher, Holz und Liebel, hatten offensichtlich eine Sprengung der Versammlung geplant. Dies ging auch daraus hervor, daß die Nationalsozialisten aus München und Augsburg Verstärkung in Lastautos geholt hatten. Innerhalb der Versammlung standen die Nazis unter dem Schutz der Polizei. Kurz nach dem Tumult, nach Räumung des Saales, die mit äußerster Brutalität von der Polizei vorgenommen wurde, setzten sich die Zusammenstöße auf der Straße fort. Wahllos schlug die Polizei auf der Straße auf die Arbeiter ein, während die Nationalsozialisten unbehelligt blieben. Der Saal bot ein unbeschreibliches Bild. Alles war zerschlagen. Der Verlauf der Versammlung hat bewiesen, daß die nationalsozialistischen Führer nicht den Mut aufgebracht haben, sich mit der Kommunistischen Partei ideologisch-politisch auseinanderzusetzen, während die Arbeiter bewiesen, daß sie entschlossen sind, die Provokationen der Nazis aktiv abzuwehren.

Naziarbeiter gegen SA-Leute

Düsseldorf, 14. Aug. (Eig. Drahtbericht.)

Bei einer Versammlung der Nationalsozialisten in Düsseldorf-Herd, die von den in Massen anwesenden revolutionären Arbeitern beherrscht wurde, ereignete sich, daß eine Anzahl nationalsozialistischer Arbeiter, über die Provokationen der Sturmabteilung empört, dieser entgegentrat. Es entwickelte sich eine schwere Schlägerei zwischen nationalsozialistischen Arbeitern und der Sturmabteilung. Die Arbeitermitglieder der NSDAP prügelten die mit Revolvern drohenden SA-Leute zum Saal hinaus.

Lohnraub in der Holzindustrie

Schlichtungsgouillotine in Sicht — Wählt Kampfausschüsse! — Bereitet den Gegenangriff vor — Geschlossene Front gegen Lohnräuber und Verräter

Berlin, 15. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Vorstoß zum Abbau der Löhne in der Holzindustrie, der gegen 150 000 Holzarbeiter gerichtet ist, hat bisher zu einer größeren Bewegung nicht geführt. In einzelnen Gebieten hofft man, den Lohnabbau gemeinsam mit der Verbandsbürokratie durchführen zu können. Die Unternehmer werden in dieser Annahme bestärkt durch die Tatsache, daß der Verbandsvorstand damit einverstanden ist, daß vom Reichsarbeitsminister ein Schlichter den Parteien vorgeschlagen wird. Es streiken bisher im Rabenauer Gebiet 1000 Holzarbeiter, in Zeulenroda 100. Außerdem sind in Oberschlesien, wo der Lohnabbau vorgenommen worden ist, mehrere Hundert Arbeiter in den Streik getreten. Die Holzarbeiter dürfen nicht warten, bis der Schlichter die Löhne diktiert, sondern müssen sofort den Kampf aufnehmen.

Schiffswerft Uebigau wird endgültig stillgelegt

Die Schiffswerft Uebigau hatte trotz vorliegender Massenaufträge die Genehmigung zur Betriebsstillegung erhalten. Von den 750 beschäftigten Arbeitern wurden bereits zirka 500 entlassen. Dem übrigen Teil der Belegschaft einschließlich der Angestellten und Meister ist ebenfalls die Kündigung zugestellt worden und wurde ihnen bereits das zustehende Gehalt ausbezahlt. Am 31. August wird der Betrieb ganz geschlossen.

Stillegung der Zuckerfabrik Wedel a. d. Elbe

Die Zuckerfabrik Wedel hat bereits 200 Arbeiter entlassen. Weitere 300 Arbeiter sollen in der nächsten Woche entlassen werden.

Betriebsstillegung bei Continental-Gummiwerke

Das Frankfurter Werk Peters Union der Continental Gummiwerke Hannover wird stillgelegt. 300 Arbeiter kommen zur Entlassung.

Entlassungen in der Zigarettenindustrie

Haus Neuerburg vom Reemtsmakonzern Hamburg entläßt 500 Arbeiterinnen. Die Kündigungen beginnen am 15. August.

Zuckerfabrik Emerka entläßt 35 Arbeiter

Die Zuckerfabrik Emerka in Dresden-Niederjedlitz entließ 35 Arbeiter wegen „Arbeitsmangel". Der sozialdemokratische Betriebsrat gab die Zustimmung zur Entlassung. Auf die Beschwerde zweier zur Entlassung kommenden schwangeren Frauen und auf ihre Vorhaltungen, daß der Betriebsrat die Interessen des Unternehmers vertrete, erklärte der Betriebsratsvorsitzende Großer: „Das verstehen Sie nicht. In diesem Falle muß ich die Interessen des Unternehmers vertreten, sonst würde man mir sagen: Holen Sie sich Ihre Papiere."

Solche Elemente aber nennen sich noch „Arbeitervertreter". Arbeiter, nehmt den Kampf auf! Schließt euch der RGO an!

Gegen Betriebsstillegungen

Antrag

Nach Pressemeldungen hat der sächsische Arbeitsminister die Firma Grohmann & Frosch, Leipzig-Plagwitz, die Genehmigung zur Durchführung der 60stündigen Arbeitswoche erteilt. In Anbetracht der großen Erwerbslosigkeit, die in Sachsen den Reichsdurchschnitt weit übersteigt, ist diese Vereinbarung dazu angetan, das Heer der Dauererwerbslosen zu vergrößern. Die Verordnungen des sächsischen Arbeitsministers werden Veranlassung für das reaktionäre Unternehmertum sein, dem Beispiel der Leipziger Firma zu folgen und damit die Arbeitslosigkeit weiter zu steigern.

Wir beantragen, der Landtag wolle beschließen:

1. **die Regierung zu beauftragen, die Genehmigungsverfügung an die Fa. Grohmann & Frosch, Leipzig-Plagwitz (Werkzeugfabrik) betr. Durchführung der 60stündigen Arbeitswoche mit sofortiger Wirkung aufzuheben;**
2. **sofort eine Verordnung herauszugeben, nach der jede Ueberschreitung des 8stündigen Arbeitstages sowie die Durchführung von Ueberstunden verboten ist.**

Renner

und die übrigen Mitglieder der komm. Landtagsfraktion.

Der heldenhafte Kampf in Nordfrankreich

Trotz Mobilgarden und Verrat unerschütterte Streikfront

Paris, 15. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Kampffront der Streikenden im Nordwestgebiet ist unerschüttert. Die Mobilisierung immer größerer Mengen Gendarmerie- und Mobilgarden ist nicht imstande, die Straßenversammlungen, die unter Führung der revolutionären Gewerkschaften und der Kommunistischen Partei Frankreichs durchgeführt werden, zu verhindern. Aber auch die Hetzkampagne der bürgerlichen Presse und die Propaganda der Reformisten für die Rückkehr in jene Betriebe, die die Lohnerhöhung in Form von neuen Abzügen für die Sozialversicherung bewilligten, war erfolglos. In Roubaix und anderen Orten fanden starkbesuchte Streikversammlungen statt.

Nach Meldungen aus Paris beträgt die Zahl der Streikenden in Nordfrankreich immer noch 80 000. An ein baldiges Ende des Streiks ist nach Lage des Kampfes nicht zu denken. Die Regierung versucht, durch eine Untersuchung der Lage im Streikgebiet den Kampf abzuwürgen. Es ist bisher nicht gelungen, eine nennenswerte Zahl von Arbeitswilligen zu finden.

Polnische Metallindustrielle greifen an

Breslau, den 14. August.

Der Oberschlesische Berg- und Hüttenmännische Verein in Kattowitz hat das Akkordlohnabkommen in der Eisenindustrie gekündigt.

Professor Hoetzsch schreibt:

„Und dann geht das kapitalistische Europa unter"

In den „Leipziger Neuesten Nachrichten" schreibt der bekannte Prof. Hoetzsch fortlaufend Artikel über die Lage in der Sowjetunion. Am Mittwoch, dem 13. August, erschien ein Artikel zu dem Kriegsausschrei des Kapitalismus gegen die Sowjetmacht. Da sagt er u. a.:

„Europa hat nunmehr über ein Jahrzehnt mit der Tatsache rechnen müssen, daß Rußland wieder da ist. Ein banaler Satz, aber von großer Bedeutung! Europa muß auch damit rechnen, daß selbst, wenn man es wollte, es nicht möglich ist, in einem Kreuzzuge gegen den Bolschewismus mit Gewalt diesem den Garaus zu machen. Das haben jene großen Interventionskämpfe der Engländer, Franzosen, Italiener, Japaner, Polen, Rumänier in den Jahren 1919 und danach nicht fertig gebracht. Das ist heute erst recht nicht möglich und nicht denkbar, vorstellbar überhaupt nur für Geister, die rein mechanisch denken, die rechnen und glauben, daß mit dem Geld und der Waffe alles zu machen wäre."

Der Herr Professor weiß aber, warum er seine Klasse warnt vor Abenteuern. Denn die Folge eines solchen Krieges ist die Revolution im kapitalistischen Europa. Er drückt das wie folgt aus:

„Gelingt es nicht, die politische Friedensordnung so zu begründen, und vermag der Kapitalismus jener sozialen Spannungen nicht Herr zu werden, explodieren also diese Spannungen im sozialen, im Klassenkampf im Innern, und bricht unter den Staaten Europas wieder ein Krieg im Stile des Jahres 1914 aus, dann ist der Bolschewismus von Moskau gesichert. Denn dann findet er die Bundesgenossen, die ihm heute noch fehlen und ohne die er ganz bestimmt aus eigener Kraft zur Weltrevolution nicht kommt. Und dann geht das kapitalistische Europa unter, in dem heute schon die Nichtbesitzenden weitaus in der Mehrzahl sind."

Hoetzsch ist klug und sagt, versucht durch alles, nur nicht durch einen Krieg gegen die Sowjetunion die Rettung aus dem Untergang. Aber einzelne Bourgeois können den Untergang des Kapitalismus sehen, die kapitalistische Klasse wird blind in das Abenteuer rennen. Aber die Arbeiterklasse wird durch ihre Kraft den kapitalistischen Räubern in den Arm fallen.

Kommunismus oder Faschismus?

Morgen abend 20 Uhr in den Annensälen in Dresden, Fischhofplatz: Oeffentliche Auseinandersetzung mit der NSDAP. Referent Genosse Rudolf Renner, M. d. L.

Roter Landsonntag

Der Landobmann der Zelle besorgt alles Material aus der

Arbeiterbuchhandlung Dresden, Flemmingstraße 5.

Die „Arbeiterstimme" bringt selbst wichtiges Material.

Ertappter Lügen-Vorwärts windet sich

Der Fälscher-„Vorwärts" weiß nicht mehr ein noch aus wegen unserer Enthüllungen über die Bilderfälschung über die erste Wahldemonstration der bankrotten SPD. Zuerst versuchte er mit Mätzchen über die Sache hinwegzugehen. Erst als sich selbst SPD-Arbeiter bei Diskussionen in den Betrieben darüber aufregten, haben Stampfer und der Geschäftsführer des „Vorwärts" eine Gratis-Sonderausgabe des „Vorwärts" mit einer lächerlich aufgemachten Strafanzeige gegen den Photographen Horlemann, sowie gegen den verantwortlichen Redakteur der „Roten Fahne" wegen übler Nachrede verbreiten lassen.

22 Millionen Mark

erhielt die SPD-Presse nach eigenem Geständnis im Jahre 1928 allein aus Inseratenaufträgen. Die Gewerkschaftsleitungen, die die KPD-Presse boykottieren, haben auf diesem Wege der SPD Riesensummen zugeschanzt, doch der Hauptteil der 22 Millionen stammt vom Unternehmertum, das auf diese Weise die SPD subventioniert. Solche Einnahmen

hat die KPD nicht

Die Kommunistische Partei ist angewiesen auf die Opferwilligkeit der breiten werktätigen Massen. Doch die Werktätigen sind auch opferbereit, das haben die bisherigen Stichproben beim Sammeln bewiesen. Es ist nur notwendig, daß jeder rote Wahlhelfer seine Pflicht tut und allen Arbeitenden zeigt, wie sie den Wahlkampf der KPD unterstützen können.

Gebt für den Wahlfonds der KPD!

Modernisiertes Dreiklassenwahlrecht

Macht dem Treiben der Wahlräuber ein Ende

Mobilisiert die Werktätigen in Stadt und Land für die Sowjetmacht

Berlin, 15. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Wir haben gestern bereits Einzelheiten über die ständigen Pläne der Brüning-Regierung auf den Wahlrechtsraub für die Jugendlichen berichtet. Heute wird bekannt, daß das Reichskabinett sich bereits nächste Woche mit dem Gesetz zur vollkommenen Umgestaltung des bisherigen Wahlwesens befassen wird. Die Form, in die das neue Wahlrecht gekleidet wird, stellt zwar nicht direkt das bis November 1918 gültige Dreiklassenwahlrecht dar, aber ihr reaktionärer Inhalt und seine Auswirkungen sollen dem Dreiklassenwahlrecht nicht zurückstehen. Bisher liegen zwei Pläne der Reichsregierung vor, nach denen das Wahlrecht umgestaltet werden soll. Oberster Grundsatz bei beiden Plänen ist der Raub des bisherigen Wahlrechts. Das Reich soll nach dem einen Plan auf 150 Stimmkreise aufgeteilt werden und in jedem Kreis nicht mehr als ein Kandidat einer Partei aufgestellt werden. Die restlichen Stimmen sollen auf das Wahlgebiet fallen, das aus 5 Stimmbezirken bestehen soll. Gleichfalls in Fortfall kommen soll die Reichsliste. Nach dem anderen Plan ist beabsichtigt, das Reich in 225 Wahlkreise einzuteilen, von denen jeder nur einen Abgeordneten wählen kann. Nur derjenige Abgeordnete, der die absolute Mehrheit der gültigen Stimmen erzielt hat, soll gewählt sein. Mit dieser Methode hofft man, auch die Zahl der **gewählten Abgeordneten erheblich einzuschränken.**